

Zechlin, Hans-Jürgen; Scheid, Rudolf

Article — Digitized Version

Investitionsstau

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Zechlin, Hans-Jürgen; Scheid, Rudolf (1981) : Investitionsstau, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 6, pp. 267-272

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135565>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Investitionsstau

In ihrem jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht weist die Bundesbank erneut darauf hin, daß durch administrative Hemmnisse, Einsprüche und Protestaktionen gegen umfangreiche Investitionsmaßnahmen der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft behindert wird. Auch die Bundesregierung ist sich der Problematik bewußt. Sie fordert in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1981, daß „alle politischen Instanzen sich . . . darum bemühen (sollen), noch bestehende Hemmnisse für Innovation und Investitionen soweit wie möglich abzubauen“. Mit der praktischen Umsetzung scheint es allerdings im argen zu liegen. Denn seit dem Frühjahr 1978, als der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) den Investitionsstau auf über 54 Mrd. DM schätzte (rd. 30 Mrd. DM allein im Kraftwerksbau und 19 Mrd. DM in der Bauwirtschaft) und eine interministerielle Arbeitsgruppe der Bundesregierung den Stau immerhin noch auf 24 Mrd. DM veranschlagte, ist nicht zu sehen, daß der Abbau von Hemmnissen konkret angegangen wurde. Den heutigen Zustand schildern exemplarisch Dr. Hans-Jürgen Zechlin für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau und Prof. Rudolf Scheid für die Elektroindustrie.

Hans-Jürgen Zechlin

Investitionspotentiale müssen freigelegt werden

Die Vokabeln „Investitionshemmnisse“ und „Investitionsstaus“ sind einprägsam und plakativ, zugleich aber auch vieldeutig und schwammig. Mißverständnisse in der Argumentation lassen sich vermeiden, wenn der Sachverhalt untergliedert und klar umrissen wird. Für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau hat sich folgende Unterscheidung als zweckmäßig und praktikabel erwiesen:

□ *Direkt gehemmte Investitionen:* Dies sind konkrete Projekte, die als Investitionen in Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus realisiert werden sollten, deren Durchführung jedoch infolge vorher nicht bekannter administrativer, gesetzlicher und gesellschaftspolitischer Hemmnisse verzögert oder blockiert wird.

□ *Indirekt gehemmte Investitionen:* Dies sind konkrete Projekte, die jedoch nicht in Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus selbst, sondern bei deren Abnehmern, also den Käufern von Maschinen und Anlagen, realisiert werden sollten und deren Durchführung infolge vorher nicht bekannter Schwierigkeiten der oben genannten Art behindert oder verzögert wurde.

□ *Unausgenutzte Investitionspotentiale:* Dies sind keine konkreten Investitionsprojekte, sondern Vorhaben, die aus den erwähnten Gründen erst gar nicht ins Stadium der Planung geraten und insofern nicht konkret benannt werden können.

Es hat Versuche gegeben, das durch administrative Hemmnisse blockierte oder verzögerte Investi-

tionsvolumen der deutschen Wirtschaft statistisch zu erfassen. Dahinter stand der Wunsch, auf der Grundlage „zuverlässiger und exakter Zahlen“ die Bedeutung des Problems besser in den Griff zu bekommen. Die Beteiligung an derartigen Umfragen ist allerdings unbefriedigend geblieben. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hat mit zwei eigenen Umfragen ähnliche Erfahrungen gemacht. Die erzielte Resonanz war nicht breit genug, um den Anforderungen zu genügen, die an eine repräsentative statistische Umfrage gestellt werden müssen.

Diese Zurückhaltung der Unternehmen mag angesichts der in der Öffentlichkeit geführten breiten und auch engagierten Diskussion überraschen; dennoch ist sie verständlich und kommt nicht unerwartet.

Viele Unternehmen scheuen sich nämlich aus gutem Grund, konkret jene Investitionsprojekte zu benennen, deren Realisierung durch administrative Schwierigkeiten behindert wird. Denn man hofft, daß sich die in den Weg gestellten Schwierigkeiten schließlich überwinden lassen. In einer solchen Situation könnte es töricht sein, die Behinderungen aufzulisten, denn das könnte von denjenigen, die das Projekt zu genehmigen haben, als „Anschwärzen“ ausgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, bei denen die Beschwerde über oder die Benennung von administrativ genannten Verzögerungen im Laufe der weiteren Projektverfolgung statt einer schnelleren Bearbeitung des Genehmigungsverfahrens zusätzliche Schwierigkeiten zur Folge hatte.

Umfrageergebnisse können daher nicht dahingehend interpretiert werden, daß es in der gesamten Wirtschaft oder auch im Maschinen- und Anlagenbau nur wenig Investitionshemmnisse gebe. Wir kennen vielmehr zahlreiche Einzelfälle, bei denen aufgrund überzogener Prüfungsvorschriften, technischer Sicherheitsbestimmungen, verlangsamter Bearbeitung und sonstiger externer Schwierigkeiten Investitionsprojekte, die von Firmen des Maschinen- und Anlagenbaus realisiert werden sollten, letztlich aufgegeben wurden oder die genannten Schwierigkeiten sogar zu Produktionsverlagerungen in das Ausland geführt haben. Allerdings handelt es sich hierbei um einzelne, mehr oder minder zufällig gewonnene und zum Teil vertrauliche Informationen, die sich nicht zu einer repräsentativen statistischen Erhebung zusammenfassen lassen.

Für den Maschinen- und Anlagenbau muß man allerdings auf eine Besonderheit hinweisen. Seine Produktions- und Fertigungsweise

verursacht im Gegensatz zu anderen Industriezweigen – insbesondere der elektrotechnischen und chemischen Industrie – vergleichsweise weniger Umweltbelastungen und langfristige Folgewirkungen. Hinzu kommt, daß Maschinenbauunternehmen mit ihrer ausgeprägten mittelständischen Betriebsgrößenstruktur – 90 % der Branche beschäftigen weniger als 500 Mitarbeiter – weniger im Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen stehen. Soweit Investitionshemmnisse durch gesellschaftspolitische Grundströmungen ausgelöst sind, die in den Medien emotional hochgespielt werden, ist der Maschinen- und Anlagenbau von ihnen daher vergleichsweise weniger betroffen, wenn auch nicht verschont.

Indirekt gehemmte Investitionen

Stärker betroffen ist der Maschinen- und Anlagenbau von Investitionshemmnissen, die bei seinen Abnehmern auftreten. Dies ergibt sich aus der Funktion der Branche, die als Lieferant typischer Investitionsgüter nicht nur mit allen anderen Industriezweigen liefermäßig verbunden ist, sondern darüber hinaus auch mit der Energiewirtschaft, dem Handwerk, der Landwirtschaft, der Verkehrswirtschaft, aber auch

den Banken, Versicherungen und der öffentlichen Hand. Als Lieferant von Investitionsgütern stoßen die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus daher überall dort auf Absatzschwierigkeiten, wo der investitionswilligen Wirtschaft aufgrund administrativer Vorschriften, Gesetze oder Verordnungen die Realisierung von Investitionen erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Dies führt beim Maschinenbau zur Stornierung oder Verzögerung von Aufträgen und trifft ihn damit an einer empfindlichen Stelle.

Befragungen nach derartigen indirekten Investitionshemmnissen stoßen verständlicherweise auf noch mehr Zurückhaltung. Aus dem besonderen Vertrauensverhältnis, das gegenüber dem Kunden besteht, verbietet sich in den meisten Fällen von vornherein eine konkrete Benennung von Investitionshemmnissen bei den Abnehmern, insbesondere dann, wenn derartige Auskünfte schriftlich verlangt werden.

Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß die indirekten Investitionshemmnisse, wie viele mündliche Gespräche zeigen, für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau ein erhebliches und zunehmendes Problem darstellen. Auch gibt es Schätzungen über das Ausmaß einzelner unterlassener Investitionen. So geht man davon aus, daß durch die Pattsituation im Kraftwerksbau 40 000 Arbeitsplätze im deutschen Maschinen- und Anlagenbau unmittelbar betroffen sind. Die Auswirkungen zeigen sich im Anlagenbau, bei Kraftmaschinen, aber auch im deutschen Apparatebau und bei den Herstellern von Armaturen und Pumpen.

Ein weiteres Beispiel für die Auswirkungen indirekter Investitionshemmnisse auf den Maschinen- und Anlagenbau ist das Milliardeninvestitionspotential, das bei den

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 46, ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten e.V. (VDMA) in Frankfurt.

Prof. Dr. Rudolf Scheid, 55, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt.

Firmen der deutschen Informations- und Datentechnik durch verzögerte politische Entscheidungen über die Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnik verlorengelassen. Hier kann die internationale Konkurrenz bereits praktisches Know-how sammeln, während der deutschen Informations- und Datentechnik aufgrund der in unserem Lande politisch bedingten Investitionsverzögerungen möglicherweise Wettbewerbsnachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz entstehen.

**Unausgenutzte
Investitionspotentiale**

An dieser Nahtstelle zeigt sich das weitergreifende, durch Umfragen und Statistiken überhaupt nicht zu erfassende Problem unausgenutzter Investitionspotentiale. In diesen Fällen geht es nicht darum,

daß konkrete, auf dem Reißbrett bereits entworfene, Investitionsprojekte verhindert oder verzögert werden, sondern um Vorhaben, die erst gar nicht konkret geplant werden – möglicherweise nicht einmal mehr vorgedacht werden –, einfach deshalb, weil sie sich bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und administrativen Eingriffen nicht verwirklichen lassen oder auch im Widerspruch zu gesellschaftspolitischen Grundströmungen stehen und deshalb Demonstrationen oder politische Aktionen auslösen könnten.

Die zahlreichen Gesetze und Vorschriften, die den Investitionsmut eines Unternehmers hemmen können, sind Legion. Sie reichen über das Umweltschutzrecht, die Landesplanungsrechte, Baurechte, kommunalen Abgabenrechte,

Denkmalschutzrechte, das Steuerrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Gewerberecht, Vergabewesen, Gerichtsverfahrensrecht, Mietrecht, Straßenverkehrsrecht bis hin zu Landesvermessungsbestimmungen. Und auch dies ist kein vollständiger Katalog, sondern eine beispielhafte Aufzählung.

Für die Unternehmen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus ergibt sich aus all diesen Vorschriften ein spezifisches Problem: Sie sind in aller Regel als kleine und mittlere Unternehmen dem bürokratischen Aufwand schlechter gewachsen.

Einerseits macht die mittelständische Struktur die Flexibilität der Branche aus. Andererseits bedeutet dies in der Auseinandersetzung mit Gesetzen und Vorschriften ein besonderes Handikap. Denn man

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG- HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Eckhardt Wohlers, Diana Winkler

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN EINER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

- Empirische Analyse der Kosten- und Preiswirkungen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit -

Die vorliegende Studie, die im Auftrag des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik entstanden ist, soll einen Überblick über die mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbundenen Probleme geben. In einem theoretischen Teil werden die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Maßnahme untersucht. Im Anschluß daran werden, basierend auf bestimmten Annahmen hinsichtlich eines Lohnausgleiches und der Reaktion der Unternehmen, die gesamtwirtschaftlichen Kosten- und Preiswirkungen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit abgeschätzt.

Großoktav, 143 Seiten, 1981, Preis brosch. DM 32,-

ISBN 3-87895-200-7

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

verfügt zumeist nicht über Stabsabteilungen, die sich auf lange Auseinandersetzungen mit der Bürokratie einlassen können. Viele kleinere und mittlere Unternehmen scheuen daher von vornherein komplizierte, mit bürokratischem Aufwand einhergehende Investitionsvorhaben.

Probleme sozialer Akzeptanz

Neben Bürokratie, Gesetzesflut und politischen Widerständen gibt es Probleme sozialer und wirtschaftlicher Akzeptanz. Zu nennen ist die Abwehrhaltung gegen den fortschreitenden Automatisierungsprozeß in der industriellen Fertigung. Die Messen der letzten Zeit, insbesondere in Hannover, haben gezeigt, daß der deutsche Maschinen- und Anlagenbau technische Spitzenprodukte der Automatisierungs- und Handhabungstechnik

anbietet. Diese auch als Roboter bezeichneten Produkte lassen sich im eigenen Land häufig deshalb nur schwer verkaufen, weil ihrem Einsatz gravierende Akzeptanzprobleme entgegenstehen. So verlangt der Einsatz moderner Automatisierungsgeräte die Bereitschaft des Fachpersonals, Kontroll-, Überwachungs- und Reparaturarbeiten nicht nur an einem Gerät, sondern an verschiedenen Geräten wahrzunehmen: also den ständigen Wechsel des Arbeitsplatzes. Die Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel ist jedoch bei uns im Vergleich zu anderen Industrieländern, insbesondere Japan, recht gering. Ein anderes Beispiel: da es kaum noch möglich ist, einen Drei-Schichten-Betrieb zu fahren – die Arbeitskräfte sind dazu nicht bereit –, liegt die Rentabilitätsschwelle für den Einsatz moderner Industrieroboter in

Deutschland höher als in Japan, denn die Fixkostendegression wird bei einem Ein- oder Zwei-Schichten-Betrieb später erreicht.

Weitere Engpaßfaktoren für das Investieren ergeben sich aus der unzureichenden Verfügbarkeit von Wagniskapital und dem fehlenden, gut ausgebildeten technischen Nachwuchs. Auch sie wirken dahingehend, daß durchaus vorhandene Investitionsmöglichkeiten zu nicht ausgenutzten Investitionspotentialen werden.

Alle investitionshemmenden Vorschriften zu durchforsten und darüber hinaus eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu betreiben, die brachliegende Investitionspotentiale freilegt, ist aus der Sicht des Maschinen- und Anlagenbaus eine vordringliche Aufgabe der Politik.

Rudolf Scheid

Ursachen und Auswirkungen der Investitionshemmnisse

Seit Mitte der 70er Jahre wirken sich in der deutschen Volkswirtschaft Investitionshemmnisse aus. Sie haben dazu geführt, daß es ab 1975 zu einer Investitionsschwäche kam, die bis in das zurückliegende Jahr hinein anhielt. Dabei haben sich administrative Schwierigkeiten in der Planung und der Durchführung der Investitionen ebenso ausgewirkt wie konjunkturelle Einflüsse.

Die administrativen Hemmnisse sind sicherlich nicht das Ergebnis von Behördenwillkür, sondern größtenteils von Schwierigkeiten in der Umsetzung politischer Ent-

scheidungen, werden aber auch durch mangelnde Entscheidungsfähigkeit verursacht.

Als Ergebnis der Investitionsschwäche in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist ein hoher Bestand an Arbeitslosen zurückgeblieben, der bei jeder rezessiven Konjunkturlage größer wird. Gleichzeitig entsteht eine mit Arbeitsplatzargumenten begründete Ablehnung der Rationalisierungstechnologie. Die Widerstände gegen die Rationalisierungsinvestitionen nehmen um so mehr zu, je stärker die Erhaltung von Arbeitsplätzen zum kurzfristigen wirtschaftspolitischen Ziel wird.

Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als angesichts der hohen Reallöhne und der Wettbewerbsstärke ausländischer Konkurrenten nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten, sondern auch auf den Inlandsmärkten bedroht wird. Dies äußert sich unter anderem darin, daß vor allem die Importnachfrage nach Investitionsgütern selbst bei konjunkturell rückläufigen Tendenzen steigt.

Eine positive Einstellung zum technischen Fortschritt und zur Notwendigkeit der Rationalisierung – auch unter Inkaufnahme temporärer Arbeitsplatzverluste – würde

dagegen der deutschen Volkswirtschaft erlauben, sich im Zuge der internationalen Arbeitsteilung auf die Spitzentechnologien zu konzentrieren und über steigende Exporte langfristig Arbeitsplätze zu sichern.

Eine Akzeptanzkrise auf diesem Gebiet würde sich in ihren nachteiligen Folgen zu den bereits seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten hinsichtlich des Kraftwerkbaus und des Ausbaus der kommunikationstechnischen Infrastruktur hinzuaddieren.

Defizite im Kraftwerkbereich

Nach vorsichtigen Schätzungen kann davon ausgegangen werden, daß im Kraftwerkbereich Investitionsdefizite von etwa 25 Mrd. DM bestehen. Dabei sind die multiplikativen Einkommenseffekte der zurückgestauten Investitionen noch nicht einmal berücksichtigt. Hinsichtlich der sektoralen und regionalen Auswirkung der einkommensschaffenden Wirkungen im Kraftwerkbau ist von Interesse, daß für den Bau eines Kernkraftwerkes über 700 mittelständische Unternehmen als Subunternehmer tätig werden und daß ein besonders großer Teil des Kraftwerkbaus in den Bereich der rezessiven Bauwirtschaft gehört.

Die Investitionshemmnisse im Kraftwerkbau richten sich nicht nur auf die Kernkraftwerke, sondern auch auf die Kohlekraftwerke. Dabei wirkt sich als Nebeneffekt aus, daß die neuen Kohlekraftwerke, mit denen alte ersetzt werden könnten, eine wesentlich geringere Umweltbelastung mit sich bringen als die stillzulegenden. Angesichts der drohenden Kapazitätsengpässe im Kraftwerkbau arbeiten daher technisch rückständige alte Anlagen mit nachteiligen Wirkungen weiter.

Die Auswirkungen unterlassener Investitionen in diesem Bereich be-

schränken sich nicht auf die konjunkturellen Effekte, sondern führen auch dazu, daß die notwendige Substitution des Erdöls immer weiter hinausgezögert wird. Zu den dabei entstandenen energiepolitischen Problemen kommen damit auch noch immer größer werdende Belastungen der Leistungsbilanz hinzu.

An dieser Beurteilung ändert auch die Tatsache nichts, daß Energie verstärkt eingespart wird. Die Sparerfolge beschränken sich nicht nur auf die Einsparung von Rohöl, sondern auch auf elektrische Energie. Hierbei wirkt sich die gedämpfte Wirtschaftstätigkeit der letzten zwölf Monate zusätzlich aus. Man muß aber davon ausgehen, daß diese Einsparerfolge sich nicht beliebig fortsetzen lassen.

Nachdem das wirtschaftlich vertretbare Optimum an Einsparungen realisiert ist, wird es zu einem erneuten Anstieg der Nachfrage nach elektrischem Strom kommen. Die Zuwachsraten der Stromnachfrage wird voraussichtlich dann wieder deutlich über dem Wachstum des Sozialprodukts liegen, wenn die Substitution vorankommen soll. Dabei mag eine Zeitlang der verstärkte Einsatz von heimischer Kohle, d. h. die Erhöhung der Stromproduktion in Kohlekraftwerken, eine besondere Rolle spielen. Längerfristig ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Kohle gegenüber der Kernenergie Vorrang behalten kann. Bereits in den letzten Monaten zeigte sich, daß die Weltkohleversorgung und die Infrastruktur für den Weltkohlehandel bei weitem nicht ausreichen, um die Nachfrage zu konkurrenzfähigen Preisen zu decken.

Demgegenüber erhält die Erzeugung von elektrischem Strom aus Kernenergie im sogenannten Grundlastbereich zunehmende

Wettbewerbsvorteile, und zwar auch dann, wenn sämtliche externe Effekte bei der Stromerzeugung aus Kernenergie berücksichtigt werden. Die bei der Stromgewinnung aus Kernenergie entstehenden Versorgungsprobleme sind in engem Zusammenhang mit der Entsorgung zu sehen. In dem Maße, in dem es gelingt, die Entsorgung mit der Wiederaufarbeitung zu verbinden, kann unter Einsatz der Brütertechnologie die 60-fache Ausbeutung des Natururans erreicht werden.

Diese Überlegungen lassen sich nicht von den Sicherheitserwägungen trennen, die sich mit dem Thema Kernenergie verbinden. Hierzu läßt sich feststellen, daß die deutsche Kernkraftsicherheitstechnik in der Welt eine Spitzenstellung einnimmt und keine realistischen Anforderungen an die Sicherheit des Betriebes von Kernkraftwerken, der Wiederaufarbeitung und der Entsorgung zu scheuen braucht.

Fehlentscheidungen im Kommunikationsbereich

Zum Ausbau der kommunikationstechnischen Infrastruktur ist festzustellen, daß in der Bundesrepublik Fehlentscheidungen und Entscheidungsunfähigkeit nachwirken. Im medienpolitischen Streit und im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980 wurde von der Bundesregierung ein Verbot der Breitbandverkabelung ausgesprochen, das seit kurzem partiell zurückgenommen ist. Zur Zeit bemüht sich die Bundespost, die Breitbandverkabelung für kommerzielle Anwendungszwecke voranzutreiben. Demgegenüber ist die Verkabelung im Hinblick auf die Einführung des privaten Kabelfernsehens nach wie vor zurückgeblieben. Außer in einigen regional eng begrenzten Abschattungsgebieten ist das Kabelfernsehen noch in der Frühphase

der Entwicklung, obwohl in anderen Ländern – vor allem in den USA – bereits eine langjährige praktische Erprobung vorliegt.

Bei der Behinderung des Kabelfernsehens handelt es sich ebenfalls um eine überwiegend irrationale oder parteipolitisch motivierte Haltung. Unabhängig davon, wie die Wirkungen des Kabelfernsehens eingeschätzt werden, ist davon auszugehen, daß es auf jeden Fall zum Kabelfernsehen kommen wird. Eine definitive Verhinderung dessen, was auch auf diesem Gebiet als technischer Fortschritt wirkt, kann ernsthaft nicht angestrebt

werden, ohne auf unzulässige Weise in die Präferenzstruktur der Bürger einzugreifen.

Unabhängig davon, ob der mündige Bürger in diesem speziellen Bereich bevormundet wird, sind die wirtschaftlichen Aspekte des Themas zu beurteilen. Hier sind Investitionssummen von nahezu 100 Mrd. DM in der Planung. Dabei muß allerdings gesehen werden, daß es sich nicht um kurzfristig in dieser Höhe realisierbare Investitionen handelt. Vielmehr ist ein Zeithorizont von etwa 20 Jahren anzunehmen. Innerhalb dieses Zeitraums wäre es jedoch möglich, die Intensi-

tät des Ausbaus konjunkturell zu dosieren. Dabei ist wiederum auf die große regionale Verteilung der Einkommenseffekte und auf den großen Anteil der baulichen Leistungen, der bei etwa 60 % des Investitionsvolumens liegen dürfte, hinzuweisen. Vor allem aber geht es darum, auch auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik nicht nur international wettbewerbsfähig zu bleiben, sondern die Spitzenposition auszubauen, die die deutsche Informationstechnologie zu verlieren droht, wenn der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur weiter behindert bleibt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

ANALYSE DER STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

– Strukturbericht 1980 –

Die vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführte Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft liegt nunmehr vor. Dieser in der Öffentlichkeit bereits viel diskutierte „HWWA-Strukturbericht 1980“ besteht aus vier Einzelbänden.

- Textband (312 Seiten mit Zusammenfassung)
ISBN 3-87895-203-1 DM 45,-
 - Materialband 1: Methodische Anmerkungen
und statistischer Anhang
ISBN 3-87895-204-X DM 30,-
 - Materialband 2: HWWA-Außenhandelsstrukturdaten
ISBN 3-87895-205-8 DM 45,-
 - Ergänzungsband: Technologietransfer und deutsche
Direktinvestitionen im Ausland
ISBN 3-87895-206-6 DM 40,-
- Bei geschlossener Abnahme aller vier Bände
(ISBN 3-87895-207-4) beträgt der Gesamtpreis DM 125,-

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G